

DER HERRSCHAFTSAPPARAT DER DDR AUS HEUTIGER SICHT

STEFFEN ALISCH || Die DDR war zuallererst ein Produkt sowjetischer Machtpolitik. Auch ihr Herrschaftsapparat orientierte sich am Moskauer Vorbild. Die SED-Diktatur beruhte auf einer stringenten Personalpolitik. (Stalin: „Die Kader entscheiden alles.“) Partei- und Staatsapparat waren auf allen Ebenen eng verflochten. Die herrschende Partei konnte sich bei der Überwachung der Bevölkerung auf ein Netz von „Sicherheitsorganen“ sowie Blockparteien und Massenorganisationen stützen.

Gregor Gysi, damals noch Fraktionschef Der Linken im Bundestag, erklärte nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze am 13. September 2015: „Grenzen kann man schließen, aber die Probleme löst man damit nicht. Es wird höchste Zeit, so schnell und wirksam wie möglich die Fluchtursachen zu bekämpfen.“¹ Der Jurist Gysi, SED-Mitglied seit 1967, erweckt den Eindruck, nicht zwischen temporären Grenzkontrollen und einer totalen Abriegelung der Grenze unterscheiden zu können. Abgesehen davon ist er offensichtlich überzeugt, dass der bundesdeutschen Öffentlichkeit nicht mehr bekannt ist, welche deutsche Partei im 20. Jahrhundert versuchte, alle ihre Probleme mit einer radikalen Grenzschießung zu lösen.

Doch Gysis Kalkül ist nicht grundsätzlich falsch. Teile der ehemaligen DDR-Bevölkerung, aber auch nicht wenige Westdeutsche verdrängen das frühere Grenzregime zwischen Ost- und Westdeutschland, Mauer und Stacheldraht ebenso wie den Gewaltapparat des SED-Staates. Gerade in den „neuen“ Ländern lernen Schüler nur wenig über die Schattenseiten des „ersten deutschen Staates der Arbeiter und Bauern“, wie einschlägige Studien überdeutlich zeigen.² Auf kritische Veröffentlichungen zur DDR-Geschichte folgen regelmäßig wütende Kommentare und Leserbriefe.³

Insbesondere von Vertretern der Partei „Die Linke“ wird immer wieder versucht, gegen deutliche Beschreibungen des Diktaturcharakters der DDR und die von deren Staatspartei begangenen Verbrechen mit Erzählungen aus dem angeblich kommoden Alltag im SED-Staat (ohne Arbeitslosigkeit, soziale Kälte und „arrogante Wessis“) anzugehen. Mit dem Zauberwort „differenzierte Geschichtsbetrachtung“ soll „gelebtes Leben“ in der DDR gegen Kritik „von außen“ immunisiert werden.

Der Autor des vorliegenden Beitrags erstellte im Jahre 2011 ein Gutachten für die Enquete-Kommission des Brandenburger Landtags, die sich (halbherzig) mit der Aufarbeitung der Geschichte und der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur befasste. Das Gutachten, in dem das DDR-Bild der Brandenburger Parteien nach 1990 analysiert wurde, stieß auf großes Interesse, aber auch auf zum Teil heftige Kritik. Ein besonders „brisanter“ Vorwurf kam aus der Fraktion Der Linken, die mir „die rückwärts-gewandte Position eines monotheistischen Geschichtsbildes“ attestierte.⁴ Bis heute konnte ich nicht herausfinden, warum Die Linke ein polytheistisches DDR-Bild bevorzugt und wie sie eigentlich das Propagieren von Vielgötterei ideologisch begründet.

Doch ungeachtet solcher geschichtspolitischer Kapriolen gelingt es Der Linken nach wie

vor, (zu) viele Ostdeutsche davon zu überzeugen, dass Kritik am Herrschaftssystem der DDR mit Kritik an der ostdeutschen „Normalbevölkerung“ gleichzusetzen sei.⁵ Damit reißt sie immer wieder neue Gräben zwischen Ost und West auf. Dem muss mit Fakten entgegengetreten werden. Dazu soll auch dieser Beitrag dienen.

DIE DDR ALS PRODUKT SOWJETISCHER POLITIK

Die DDR war zuallererst ein Produkt sowjetischer Machtpolitik, ein „Homunculus“ der Sowjetunion, wie es der langjährige Botschafter Moskaus Pjotr Abrassimow einmal formulierte. Anfang 1944 begann die im Moskauer Exil lebende KPD-Führung auf sowjetische Anweisung mit der Ausarbeitung von Konzeptionen für die politische Gestaltung Nachkriegsdeutschlands. Die westlichen Alliierten ließen eine direkte Integration ganz Deutschlands in den sowjetischen Machtbereich natürlich nicht zu. Deshalb verfolgte Moskau in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Doppelstrategie: Zum einen waren die Sowjets bestrebt, möglichst die Vorherrschaft auch über Westdeutschland zu gewinnen bzw. die Westzonen wenigstens zu neutralisieren: Man wollte sich die Option auf einen neutralen, aber von Kommunisten dominierten gesamtdeutschen Staat offen halten. In der eigenen Besatzungszone wurden die Weichen dagegen sehr schnell auf eine „sowjetisierte“ politische und gesellschaftliche Ordnung gestellt.

Damit verbunden war der Aufbau eines am sowjetischen Vorbild orientierten Herrschaftsapparates. Die Schaltstellen wurden überwiegend mit Personal aus dem Moskauer Exil besetzt. Die angestrebte sozialistische Diktatur bemäntelte man zunächst noch mit Begriffen wie „antifaschistisch-demokratische Neuordnung“. Formell etablierten die Sowjets sogar ein Mehrparteiensystem. Neben KPD und SPD (die mit dem deutlich linken Programm antrat) erhielten mit der CDU und der Liberaldemokratischen Partei (LDP) auch zwei bürgerliche Parteien die Lizenz, später kamen noch die als Sammelbecken geläuterter früherer Nazis gedachte Nationaldemokratische Partei (NDP) sowie die Demokratische Bauernpartei (DBP) hinzu. Voraussetzung zur Zulassung war die Bereitschaft zur „Zusammenarbeit“ mit den anderen Parteien in

dem von sowjetischen und deutschen Kommunisten kontrollierten sogenannten „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, was auf die Unterwerfung unter den Willen der Kommunisten hinauslief.⁶

DIE SED ALS ALLES DOMINIERENDE STAATSPARTEI

Im Juni 1946 entstand unter massivem Einsatz von Zwang und Gewalt aus den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD eine „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“. Diese wurde von ihrer Führung zielstrebig in eine marxistisch-leninistische Massen- und Kaderpartei „neuen Typs“ nach Lenin umgestaltet.

Die SED erhob einen umfassenden Führungsanspruch über alle Bereiche der DDR-Gesellschaft, der ab 1968 auch in Artikel 1 der DDR-Verfassung abgesichert war. Wichtigstes Herrschaftsinstrument über die Parteigliederungen war das Prinzip des sogenannten demokratischen Zentralismus. Nachgeordnete Instanzen hatten den Beschlüssen der Zentrale und der übergeordneten Gliederungen in ihrem Bereich Folge zu leisten. Die Basis blieb einem strengen Kontroll- und Disziplinierungsregiment unterworfen, so dass innerparteiliche Kritik nahezu unmöglich gemacht wurde.⁷

Alle wichtigen Leitungsfunktionen in den Parteien, in Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen (mit Ausnahme der Kirchen) wurden nach einem sogenannten Nomenklatursystem besetzt, in dem die jeweilige zuständige Parteiinstanz immer die letzte Entscheidung traf. Die höchsten Funktionäre nannte man Nomenklaturkader. SED- und Staatsapparat waren personell und funktionell aufs engste miteinander verflochten – die Parteiführung behielt immer die Entscheidungskompetenz über Zuständigkeiten.

Exekutive, Legislative und Jurisdiktion lagen in den Händen der SED. Die für die verhasste bürgerliche Demokratie charakteristische Gewaltenteilung wurde also durch eine „Gewalteneinheit“ ersetzt. Allein im Apparat des Zentralkomitees waren Ende der achtziger Jahre etwa 2.000 Mitarbeiter tätig.⁸

Zwei SED-Generalsekretäre bestimmten als „starke Männer“ für jeweils zwei Jahrzehnte die Geschichte der DDR. Der langgediente kommu-

nistische „Apparatschik“ Walter Ulbricht hatte schon kurz nach der Gründung der SED faktisch die gesamte administrative Parteiarbeit in der Hand. Wie schon Stalin, so stützte sich auch sein Protegé Ulbricht vorwiegend auf den Parteiapparat, dessen Leitung er offiziell 1949 übernahm. Der III. Parteitag im Juli 1950 akklamierte Ulbricht schließlich zum Generalsekretär. Nachdem es ihm 1953 und 1956 zweimal gelungen war, bedrohliche innenpolitische Gegner auszuschalten, herrschte er unangefochten. 1960 übernahm er auch das höchste Staatsamt (Vorsitzender des Staatsrats). Bezeichnenderweise gelang es erst seinem Kronprinzen Erich Honecker mit Unterstützung aus Moskau, den im Alter zusehends starrsinnigen und zuweilen gegen den sowjetischen Stachel lockenden Diktator 1971 abzulösen.

Honecker, der das Politbüro zügig nach eigenem Gusto umgestaltete, verfügte ab 1976 – als er ebenfalls in Personalunion Staatsratsvorsitzender wurde – über die gleiche Machtfülle wie sein Vorgänger in den sechziger Jahren. Alle Vorlagen, die in die wichtigsten Parteigremien Politbüro und ZK-Sekretariat eingebracht werden sollten, liefen über Honeckers Schreibtisch. Seine schriftlichen und mündlichen Kommentare waren praktisch verbindlich, die formale Absegnung der entsprechenden Beschlüsse durch die eigentlich zuständigen Instanzen bildete in der Regel nur noch das schmückende Beiwerk.

Mit diesen höchst voluntaristischen Entscheidungswegen verletzte die SED auch das eigene Statut, das den Parteitag als höchstes Parteiorgan vorgesehen hatte. Tatsächlich konnte der XII. Parteitag im Dezember 1989 nach dem Zerfall der eigentlichen Machtzentren erstmals die vorgesehene Funktion ausfüllen. Die elf Parteitage vorher dienten der SED-Führung ausschließlich als vollkommen manipulierte Propagandavorstellungen. Auch das Zentralkomitee als formell höchstes Gremium zwischen den Parteitagen war unter Honecker ein reines Akklamationsorgan. ZK-Mitglied zu werden, galt im SED-Staat dennoch als ein erheblicher Prestigegewinn.

Für eine Opposition war in diesem System kein Platz, Oppositionelle wurden folgerichtig als Feinde des Friedens und des Sozialismus bezeichnet und behandelt.⁹

DIE STÜTZEN DER PARTEI: JUSTIZ, POLIZEI / MFS, STRAFVOLLZUG

Die DDR war eine SED-Diktatur, kein Stasi-Staat. Die Partei unterhielt ein ganzes Netzwerk von Sicherheitsorganen. Eine zentrale Rolle bei der Absicherung der SED-Herrschaft spielte die politische Justiz. Das Recht galt als „Waffe im Klassenkampf“, Rechtsfragen als Machtfragen. Eine unabhängige Justiz wäre somit systemfremd gewesen. Die politische Steuerung der Justiz lag vor allem in den Händen der (SED-) ZK-Abteilung für Staat und Recht. Diese arbeitete im Bereich des politischen Strafrechts schwerpunktmäßig mit der Abteilung IX des Ministeriums für Staatssicherheit zusammen, die als Untersuchungsorgan fungierte, während die Abteilung XIV Untersuchungshaftanstalten betrieb. Die für politische Strafsachen zuständigen Staatsanwälte, die vor ihrem Einsatz von SED und MfS überprüft wurden, übernahmen die von der Stasi vorformulierten Anklageschriften häufig unverändert.¹⁰

Vermeintlich bzw. tatsächlich Oppositionelle oder „Antragsteller auf ständige Ausreise“ wurden seitens der SED nicht nur mit Gesinnungsstrafrecht, sondern zum Teil auch mit arbeits- bzw. familienrechtlichen Maßnahmen bekämpft. Obwohl es etwa im Zivilrecht durchaus auch korrekt ablaufende Verfahren gab, konnten SED und MfS jederzeit in laufende Prozesse eingreifen und das Recht nach Belieben beugen. So galt das „Recht auf Arbeit“ für einen „Ausreisekandidaten“ nicht mehr, zum Teil wurde ihm sogar mit fadenscheinigen Begründungen das Sorgerecht für seine Kinder entzogen.

Ein Legalitätsprinzip existierte im SED-Staat ebenso wenig wie eine Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Überprüfung staatlicher Entscheidungen. Anstelle Letzterer traten die sogenannten Eingaben, die die sozialistischen Untertanen an ihre Herrscher richten konnten und die diese dann nach Gutdünken beantworteten – eine quasi feudalistische Praxis.

Das Ministerium für Staatssicherheit wurde über Jahrzehnte zu einem flächendeckenden Überwachungs-, Manipulations- und Unterdrückungsapparat ausgebaut. Dieser sollte den totalen Herrschaftsanspruch der SED-Führung gegenüber der eigenen Bevölkerung um jeden Preis sichern. Darüber hinaus befasste sich das

MfS mit Aufklärung und Diversion gegen den Westen, vor allem natürlich gegen die Bundesrepublik. Die Stasi war politische Geheimpolizei, Ermittlungsbehörde bei „politischen Straftaten“ und Nachrichtendienst in einem. Die besondere Gefährlichkeit des MfS bestand in der Bündelung umfassender Aufgaben und Kompetenzen, die keinerlei administrativer und parlamentarischer Kontrolle, sondern nur der der SED-Führung unterlagen. Die Stasi selbst verstand sich als „Schild und Schwert“ der SED.

Das MfS verfolgte nicht nur tatsächlich begangene „Taten“, sondern war auch „Ideologepolizei“ (Siegfried Mampel). Insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren bemühte sich der Staatssicherheitsdienst immer stärker um flächendeckende Überwachung aller auch nur potenziellen Gegner und versuchte, oppositionelle Aktionen schon im Vorfeld zu verhindern. Die Stasi beschränkte sich nicht auf die bloße Beobachtung sogenannter „feindlich-negativer“ Kräfte, sondern nutzte auch „unkonventionelle“ Methoden. MfS-Mitarbeiter fertigten zum Beispiel für die operative Arbeit „Geruchskonserven“ mit dem Schweiß wichtiger „Feinde“ an. Maßnahmepläne zur „Zersetzung“ bestimmter „Feinde“ wurden entwickelt – darunter verstand das MfS die „Zersplitterung, Lähmung, Desorganisierung und Isolierung feindlich-negativer Kräfte“ auf konspirativer Basis.¹¹ Der Betroffene sollte am Arbeitsplatz und in seinen persönlichen Beziehungen isoliert und diskreditiert, persönlich verunsichert oder sogar kriminalisiert werden. Das Mielke-Ministerium stütze sich dabei auf Erkenntnisse der sogenannten „operativen Psychologie“. Ziel war etwa, oppositionelle Gruppen mit künstlich ausgelösten internen Streitigkeiten zu beschäftigen, um sie von politischen Aktivitäten abzulenken.

Insbesondere bei in die Bundesrepublik geflohenen „Überläufern“ aus den eigenen Reihen, aber auch bei Fluchthelfern schreckte die Stasi selbst vor Mord nicht zurück. Über den Umgang mit potenziellen bzw. tatsächlichen „Verrätern“ aus dem MfS äußerte sich MfS-Chef Erich Mielke intern am 19. Februar 1982 sehr deutlich: „Wir sind nicht gefeit, leider ... dass auch mal ein Schuft unter uns sein kann. ... Wenn ich einen jetzt wüsste, der würde ab morgen schon nicht mehr leben, ganz kurzen

Prozess. Aber weil ich Humanist bin, deshalb habe ich solche Auffassung. Lieber Millionen Menschen vorm Tode retten, als wie einen Banditen leben lassen, der uns also die Toten bringt. Muss ich mal richtig erklären, warum man so hart sein muss? Weil wir sprachen von wegen und so weiter, nicht hinrichten und nicht Todesurteil. Alles Käse, Genossen. Hinrichten die Menschen, ohne Gesetze, ohne Gerichtsbarkeit usw.“¹²

Im Oktober 1989 standen etwa 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter beim MfS in Lohn und Brot, davon gehörten mehr als 11.000 dem sogenannten Wachregiment an. Dessen Mitglieder schützten Regierungs- und Parteigebäude und waren für einen eventuellen Bürgerkrieg geschult und ausgerüstet. Das MfS war militärisch organisiert und beschäftigte die meisten seiner Mitarbeiter (ca. 85 Prozent) als Berufssoldaten. Nur Personen- und Objektschützer dienten zum Teil auf Zeit, außerdem gab es (wenige) Zivilbeschäftigte.

Zuletzt waren 2.232 „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE) – ausgestattet mit einem Tarnbeschäftigungsverhältnis – verdeckt in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen inner- und außerhalb der DDR tätig. OibE besetzten zum Beispiel zentrale Positionen in anderen „bewaffneten Organen“, entschieden in Betrieben über den Einsatz von „Reisekadern“ im westlichen Ausland oder agierten als MfS-Vertreter (Residenten) und Wachkräfte in DDR-Auslandsvertretungen.

Neben den hauptamtlichen agierten 1989 noch einmal 174.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM). Wichtige Einsatzfelder bildeten neben potenziell oppositionellen Milieus vor allem die anderen Sicherheitsorgane (zum Beispiel waren je nach Region 10 bis 20 Prozent der Volkspolizisten neben der dienstlichen Kooperationspflicht auch als inoffizielle Mitarbeiter an das MfS gebunden) und die Wirtschaft.

Abgesehen von der direkten Bekämpfung oppositioneller Bestrebungen ging es um die präventive Sicherung zentraler gesellschaftlicher Schaltstellen. Der SED-Parteiparat sowie die Führungsgremien durften allerdings nicht mit IM durchdrungen werden, auch die Überwachung bestimmter Parteifunktionäre war nur mit Genehmigung höchster Parteistellen mög-

lich. Zusätzlich zu den DDR-IM agierten bis 1989 schätzungsweise 20.000 „Inoffizielle“ in der Bundesrepublik.¹³

Zur Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung standen der SED neben dem MfS u. a. die „Deutsche Volkspolizei“, die ebenfalls über 175.000 „freiwillige Helfer“ verfügte, sowie die freiwilligen Helfer der Grenztruppen zur Verfügung. Auch die Nationale Volksarmee konnte im Spannungsfall im Innern eingesetzt werden, hinzu kamen die ebenfalls mit schweren Waffen ausgerüsteten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. Letztere waren bewaffnet (zur Absicherung des Mauerbaus) oder unbewaffnet (bei den Demonstrationen im Herbst 1989) auch gegen den „inneren Feind“ im Einsatz.

Alle Sicherheitskräfte wurden auf regionaler Ebene durch sogenannte Bezirks- bzw. Kreiseinsatzleitungen koordiniert, an deren Spitze die ersten Sekretäre der jeweiligen Bezirks- bzw. Kreisleitungen der SED standen.

Blockparteien und Massenorganisationen sollten als Transmissionsriemen der SED-Politik die Interessen derjenigen Bevölkerungsschichten, die auf anderen Wegen nicht erreichbar waren, aufnehmen und systemimmanent kanalisieren. Die Blockparteien konnten aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Mitgliederzahl (etwa 500.000) und ihres schlechten Rufs in der Bevölkerung („Blockflöten“) diese Funktion nur begrenzt erfüllen. Dagegen erreichten die Massenorganisationen (z.B. der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund – FDGB – und die Freie Deutsche Jugend – FDJ) sehr viel mehr Menschen und erlangten für die SED deshalb eine deutlich größere Bedeutung.

Der Strafvollzug war eine tragende Säule der Parteidiktatur, da er die Inhaftierung und Isolierung vermeintlicher oder tatsächlicher Gegner der SED ermöglichte. Die Partei legte die Strafvollzugspolitik und die Haftbedingungen bis ins Detail fest, insbesondere gegenüber „Staatsfeinden“ mahnte sie zur Unnachgiebigkeit. Doch auch diejenigen Gefangenen, denen die DDR-Justiz kriminelle Handlungen vorwarf, mussten ihre Haft unter menschenunwürdigen Bedingungen verbringen. Im Zentrum aller Anstrengungen der Verantwortlichen des Strafvollzugs stand die Sicherheit, deren Primat auch die Möglichkeiten der angestrebten ökonomischen

Verwertung der Arbeitskraft der Häftlinge einschränkte. Offiziell sollten die Gefangenen „erzogen“ werden, tatsächlich war der Haftalltag aber aus Sicht der meisten Insassen durch Willkür und Ohnmacht geprägt.¹⁴

Der Freikauf politischer Gefangener durch die Bundesregierung bildete eine sprudelnde Einnahmequelle für die SED. Bis 1989 entließ die DDR 33.755 Häftlinge gegen Zahlungen und Warenlieferungen im Wert von ca. drei Milliarden DM vor Ablauf ihrer Haftzeit. Zunächst hing die je freizukaufendem Häftling zu zahlende Summe von Strafhöhe, Reststrafe und Bildungsgrad des Gefangenen ab. Ab 1977 wurde ein Pauschalpreis bezahlt, der zuletzt ca. 96.000 DM betrug. Nicht wenige der DDR-seitig zum Freikauf vorgeschlagenen Häftlinge hatten tatsächlich einen überwiegend kriminellen Hintergrund. Diese betrügerische Praxis konnte die westliche Seite nur begrenzen, aber ebenso wenig verhindern wie die vor allem in den sechziger Jahren häufig praktizierte Entlassung der Freigekauften in die DDR.¹⁵

Ein effektives Grenzregime machte die Flucht aus dem „sozialistischen Paradies der Arbeiter und Bauern“ nahezu unmöglich. Mehrere hundert Menschen starben bei Fluchtversuchen.¹⁶

DIE DDR DER ACHTZIGER JAHRE – EIN „SPÄTTOTALITÄRER VERSORGUNGS- UND ÜBERWACHUNGSSTAAT“

Dieser von Klaus Schroeder geprägte Begriff verdeutlicht, dass zur Herrschaftssicherung unter Honecker neben der Peitsche verstärkt auch das Zuckerbrot zum Einsatz kam. Dazu gehörte vor allem eine bekanntlich mit massiver internationaler Verschuldung erkaufte Verbesserung der Versorgung und der Ausbau des Sozialstaates, der allerdings vorwiegend „produktiven“ Schichten wie jungen Familien zugute kam. Rentner, Behinderte und chronisch Kranke hatten das Nachsehen.¹⁷ Ein zynischer Witz aus der Endzeit der DDR kolportierte ein Gerücht, der XII. Parteitag der SED werde beschließen, dass Rentner von nun an auch bei Rot über die Straße gehen dürfen.¹⁸

Die Diktatur der SED war eine totalitäre, sie zielte auf die ganze Persönlichkeit (Ziel: der „neue Mensch“) und wollte alle Bereiche der Gesellschaft unter Kuratel stellen. Doch der

totalitäre Anspruch zerbröselte im Zeitverlauf immer mehr, insbesondere im Medienbereich.¹⁹ Beispielhaft dafür steht der Umgang mit dem Westfernsehen. Während kurz nach dem Mauerbau FDJ-Ordnungsgruppen den Leuten aufs Dach stiegen, um gen Westen ausgerichtete Antennen abzubringen oder umzudrehen, wurde der Empfang westlicher Sendungen in der Endzeit der DDR nur noch bei Angehörigen der Sicherheitsorgane sanktioniert.

Das Verhalten gegenüber der „Obrigkeit“ blieb bis zuletzt bei nahezu allen DDR-Bewohnern von einer tief verwurzelten Furcht geprägt. Das ständige Pendeln zwischen Zivilcourage und Anpassung, das selbst den Alltag oppositioneller Kreise bestimmte, konnte selten durchbrochen werden. Auch „Normalbürger“ befürchteten, als Staatsfeind abgestempelt zu werden. Das hielt viele davon ab, der Diktatur entgegenzutreten. An eine grundsätzliche Veränderung der Verhältnisse glaubte bis zum Herbst 1989 kaum jemand, eine DDR ohne das Machtmonopol der SED schien spätestens nach dem Scheitern des Aufstands vom 17. Juni 1953 nicht mehr denkbar. Stefan Berg, in der DDR Bausoldat und später Redakteur einer Kirchenzeitung, beschreibt die „Geschichte der eigenen Angst“, die den Alltag mitprägte: „Die allmächtige Partei brauchte nur noch in Ausnahmefällen – an der Grenze zum Beispiel – die brutalen Herrschaftsinstrumente. Für den Alltag hatte sie ausgesorgt. Denn die Angst hatte sie in den Jahren zuvor tief in der Bevölkerung eingepflanzt. Nun konnte sie Anpassung ernten. Wie eine Erbkrankheit wurde sie von den Eltern an die Kinder weitergegeben. So verinnerlicht waren bestimmte Erfahrungen, dass viele sie gar nicht machen mussten, um sich doch so zu verhalten, als hätten sie sie gemacht. Heute werden, auch aus Verärgerung über das eigene angepasste Verhalten, vielfach die Verhältnisse umgedeutet: Es sei alles gar nicht so schlimm gewesen. So steht jeder besser da, vor allem vor sich selbst.“²⁰

WAS BLEIBT VOM HERRSCHAFTSAPPARAT DER DDR?

Ein beträchtlicher Teil des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern besteht nach wie vor aus ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Staats-

apparates, von denen einige ihre alten Überzeugungen bis heute nicht ablegten. Nur frühere MfS-Angehörige wurden in größerer Zahl entlassen. Aber auch diese findet man an überraschenden Stellen – so arbeiteten 2007 noch etwa 50 frühere hauptamtliche Mitarbeiter des MfS bei der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Die meisten von ihnen waren im Wachschutz tätig, einige führten aber auch sensible Personenrecherchen durch.²¹ Roland Jahn kündigte bei seinem Amtsantritt als Nachfolger Marianne Birthlers an, diese Personen vollständig in andere Behörden umzusetzen, scheiterte mit diesem Vorhaben aber an den Tücken des Arbeitsrechts.

Anders als eine Tätigkeit für das MfS galt absurderweise selbst eine höhere Funktion in der SED nicht als Entlassungsgrund für den öffentlichen Dienst. Noch heute haben viele ehemalige SED-Funktionäre hier ihren sicheren Arbeitsplatz. Mit Hilfe alter Seilschaften und neuer westdeutscher Geschäftspartner gelang es anderen Nomenklaturkadern, sich „volkseigene“ oder in genossenschaftlichem Eigentum befindliche Grundstücke und Betriebe anzueignen.²² Besonders eklatante Fehlentwicklungen gab es in der Landwirtschaft, wo die massive Bereicherung früherer SED-Funktionäre bis heute nicht gestoppt werden konnte.²³

Die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen sind allesamt Marktführer in ihrem Bereich, nicht wenige Journalisten verbreiten ebenso wie manche Lehrer alte antidemokratische und antiwestliche Überzeugungen im neuen Gewand.

Überhaupt scheint das mentale Erbe der SED-Herrschaft bedeutsamer zu sein als die Reste des Herrschaftsapparats. Auch 26 Jahre nach Wiederherstellung der deutschen Einheit sind bezüglich der Einstellungen etwa zur parlamentarischen Demokratie oder zur Freiheit noch prägnante Unterschiede zwischen Ost und West vorhanden, wie sich bei Umfragen immer wieder zeigt.

SIND HERRSCHAFTSMETHODEN DER SED FÜR HEUTIGE DIKTATUREN NOCH PRAKTIKABEL?

Natürlich lebt die Einpersonenherrschaft weiter, der „starke Mann“ ist weltweit immer noch gefragt. Eine solche Herrschaftsform erweist sich auch für „gelenkte Demokratien“ als attraktiv,

ist aber ebenso wenig spezifisch wie ein überbordender vielfältiger Sicherheitsapparat.

Ob dagegen das Modell Einheitspartei mit einem großen Parteiapparat und die damit verbundene Folklore von Massenparteitagen etc. mittel- und langfristig noch trägt, wird sich in China zeigen. Die Frage ist, wie lange die sich aufgrund der Wirtschaftsreformen rapide vergrößere Mittelschicht noch vom wachsenden Konsum sich ruhig stellen lässt. Das Problem stellt sich erst recht, wenn sich die gegenwärtig zeigenden Tendenzen der Abschwächung des ökonomischen Wachstums fortsetzen oder es gar zu einer Rezession käme. Möglicherweise steht China mittelfristig vor einer kaum zu bewältigenden politischen Krise.

Zwar ist die Beherrschung des Fernsehens weiterhin bedeutsam (für große Teile der russischen Landbevölkerung bildet das Staatsfernsehen noch immer die wichtigste Informationsquelle), eine totale Kontrolle der Medien erscheint aber kaum noch möglich. Heute werden eher subtilere Methoden der Massenmanipulation verwendet, z. B. durch sogenannte Trolle, die das Internet mit regierungsfreundlichen Kommentaren überschwemmen.

Ein totalitärer Anspruch auf die ganze Gesellschaft ist heute höchstens noch in Nordkorea oder im Herrschaftsgebiet des Islamischen Staates ansatzweise durchsetzbar.

Von Bedeutung ist immer noch die versuchte „Zersetzung“ des Gegners, auch dessen Diffamierung als „faschistisch“ erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Diese wurde früher von der SED gegenüber der Opposition praktiziert, heute versucht etwa Putin mit solchen Mitteln innen- wie außenpolitische Gegner (beispielsweise die ukrainische Regierung) zu bekämpfen.

Bei der Auflistung der heute noch praktizierten Herrschaftsmethoden der SED kommt nicht allzu viel Zählbares heraus. Das liegt in der Natur der Sache: Die SED-Diktatur scheiterte – wie der Kommunismus insgesamt – an ihrer politischen und ökonomischen Inkompetenz und dem Freiheitsstreben der Menschen. Das DDR-Herrschaftssystem hat sich als unzulänglich erwiesen, der klägliche Zusammenbruch der Diktatur sollte potenzielle Nachahmer abschrecken.

DR. STEFFEN ALISCH

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im
Forschungsverbund SED-Staat der Freien
Universität Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ ntv-online 15.9.2015.
- ² Vgl. Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München 2008.
- ³ Die Autoren der zuletzt erwähnten Studie haben diese Reaktionen einmal sehr instruktiv zusammengefasst: Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: Oh wie schön ist die DDR. Kommentare und Materialien zu den Ergebnissen einer Studie, Schwalbach / Ts. 2009.
- ⁴ Vgl. ausführlich Alisch, Steffen: „Rückwärtsgewandte Position eines monotheistischen Geschichtsbildes“. Die DDR und ihre Folgen im Brandenburger Landtag – Ein Erfahrungsbericht, in: Zdf / Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 31/2012, S. 148-158.
- ⁵ Vgl. z. B. Knabe, Hubertus: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007, S. 41 ff.
- ⁶ Vgl. Erler, Peter / Laude, Horst / Wilke, Manfred: „Nach Hitler kommen wir!“, Berlin 1994.
- ⁷ Zum Aufbau des Parteiapparates vgl. Wilke, Manfred (Hrsg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD / SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998.
- ⁸ Vgl. ausführlich Schroeder, Klaus unter Mitarbeit von Steffen Alisch: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 387 ff.
- ⁹ Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1997.
- ¹⁰ Zu den Strukturen und Methoden der politischen Justiz in der DDR vgl. vor allem Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995.
- ¹¹ Suckut, Siegfried (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit, Berlin 1996, S. 422 f.
- ¹² Zit. nach Schwan, Heribert: Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war, München 1997, S. 248.
- ¹³ Zum MfS insgesamt Mitter, Armin / Wolle, Stefan: Ich liebe Euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS, Berlin 1990; Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, München 2006; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret: Überwachung und Repression in der DDR, München 2013.

- ¹⁴ Vgl. Dölling, Birger: Strafvollzug zwischen Wende und Wiedervereinigung. Kriminalpolitik und Gefangenenprotest im letzten Jahr der DDR, Berlin 2009; Alisch, Steffen: Strafvollzug im SED-Staat. Das Beispiel Cottbus, Frankfurt / M. 2014.
- ¹⁵ Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989, Göttingen 2013, S. 495 ff.
- ¹⁶ Vgl. Grafe, Roland: Die Grenze durch Deutschland. Eine Chronik von 1945 bis 1990, München 2002.
- ¹⁷ Schroeder: SED-Staat, S. 529 ff.
- ¹⁸ Zur Lage der Rentner vgl. z. B. Hoffmann, Dierk: Am Rande der sozialistischen Arbeitsgesellschaft. Rentner in der DDR 1945-1990, Erfurt 2010.
- ¹⁹ Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei, Köln 2002.
- ²⁰ Berg, Stefan: Die Geschichte der eigenen Angst, in: Am Ende des realen Sozialismus: Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er-Jahren, Band 1: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, hrsg. von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Opladen 1996, S. 38 ff.
- ²¹ Vgl. Müller, Uwe / Hartmann, Grit: Vorwärts und vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009, S. 228 ff.
- ²² Vgl. Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006, S. 364 ff.
- ²³ Vgl. Gerke, Jörg: Nehmt und euch wird gegeben. Das ostdeutsche Agrarkartell, Hamm 2008.